

# Saale-Zeitung.

werden die Spaltenpreise oder beim Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, den untern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bestellen die Seite 75 Pfg.

Erstinsten wissenschaftlich; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

**Bezugspreis**  
Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei einmaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im ausländischen Bezugs-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.  
Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.  
Veröffentlichung von 10<sup>u</sup>, 618 1/2, Uhr.  
[Gewerblicher: Redaktion Nr. 2332. — Expeditor: Nr. 176.]

Sechsmunddreißigster Jahrgang.

Nr. 184.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 21. April

1903.

## Befestlungen auf die Saale-Zeitung

für die Monate Mai und Juni

nehmen auswärts alle Postanstalten und Briefträger zu 2,17 M., in Halle die Expeditionen und Austräger zu 1,70 M. bei einmaliger, zu 1,90 M. bei zweimaliger Zustellung entgegen.  
Expedition der „Saale-Zeitung“.

## Deutschland und Kanada.

Im Herbst v. J. wurden auf Veranlassung der Reichsregierung von den obersten Landesvollbehörden Anordnungen getroffen, um zu verhindern, daß Getreide kanadischen Ursprungs von Häfen der Vereinigten Staaten aus unter Verheimlichung seiner Herkunft zu den Küsten des Vertragszolls in Deutschland eingeführt würde. Schon einige Monate früher war aus den Kreisen des Berliner Getreidehandels die New Yorker Getreidebörse erfurht worden, der Vermittlung von Getreide aus dem Gebiete der Union mit kanadischem Getreide entgegenzutreten; der Vorstand der New Yorker Getreidebörse hatte sich sofort bereit erklärt, dem Geschäft zu antworten, ohne daß er damit bei allen fremen Erfolg gehalt hätte. Die Anordnungen der Zollbehörden, insbesondere die der General-Zoll-Direktion in Hamburg, die im Februar d. J. durch den Grafen Polowinski im Reichstage erläutert und verteidigt wurden, riefen in Kanada große Erregung hervor. Wenn auch von einigen Seiten, insbesondere von der Kaufmannschaft von Toronto, zum Einlenken geraten und die kanadische Regierung erwidert wurde, auf die Wiederherstellung der früheren handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland Bedacht zu nehmen, so wurde von anderen um so lauter die Einführung von Zollauflagen für deutsche Waren verlangt. Die kanadische Regierung äußerte sich zunächst öffentlich nicht, küßte aber, wie man jetzt aus der Rede des Finanzministers Fielding bei der Einbringung des Budgets im kanadischen Parlamente erfahren hat, mit der deutschen Regierung Verhandlungen an, um Deutschland zu einer „billigen Behandlung“ der kanadischen Erzeugnisse zu veranlassen. Kanada hat bekanntlich 1897 für die Waren englischer Herkunft einen Zollnachschlag von 12 1/2 Prozent eingeführt. Da dies dem deutsch-englischen Handelsvertrag, der auch für die englischen Kolonien galt, widersprach, so mußte Kanada auf die Vorstellungen Deutschlands zwar die Verwahrung der englischen Einfuhr einige Monate später wieder aufheben lassen, die englische Regierung kündigte aber den Handelsvertrag mit Deutschland und gab so Kanada die Möglichkeit, nach Ablauf des Vertrages am 30. September 1898 Vorzugszölle für englische Waren einzuführen. Es wurde diesen darauf ein Zollnachschlag von 25 Prozent und zwei Jahre später ein solcher von 33 1/2 Prozent bewilligt. Deutschland entzog darauf selbstverständlich den kanadischen Erzeugnissen die Meistbegünstigung, während die handelspolitischen Beziehungen zu England und dessen sonstigen Kolonien durch provisorische Abmachungen auf der früheren Grundlage aufrechterhalten wurden.

Die Erwartungen, die man in Kanada hegte, erfüllten sich nicht. Die Einfuhr aus Deutschland stieg von 5 1/2 Mill. Doll. im Etatsjahre 1897/98 auf 7 Mill. Doll. im Jahre 1900/01, während die Ausfuhr nach Deutschland sank. In den ersten vier Monaten des Etatsjahres 1902/03 führte Deutschland schon für fast 4 1/2 Mill. Doll. ein, während die Ausfuhr nach Deutschland noch nicht einmal eine halbe Million Doll. betrug. Die Ausfuhr von Kanada nach England hat sich von 1897/98 (mit 93 Mill. Doll.) bis 1900/01 (mit 92,8 Mill. Doll.) nicht vermehrt, im laufenden Etatsjahr scheint sie allerdings größer zu sein. Die deutschen Waren aus Kanada auszufuhren, ist demnach nicht gelungen, wohl aber ist die Ausfuhr nach Deutschland zurückgegangen. Wenn Kanada seinen Waren den deutschen Markt wieder ganz eröffnen will, so bleibt ihm nur ein Weg: es muß das Vorzugsrecht Englands beseitigen, also deutsche Waren unter denselben Bedingungen zulassen, wie solche englischer Herkunft. Die Wiederhergewährung des Meistbegünstigungsrechts hat Kanada in den Verhandlungen mit Deutschland nicht angeboten, die letzteren konnten daher nur Ergebnislos verlaufen. Worauf sich eine andere Auffassung der kanadischen Regierung stützt, ist unverständlich.

Jetzt will die kanadische Regierung verlangen, Deutschland um Entgegenkommen zu zwingen. Sie will einen Aufschlagszoll von einem Drittel der Zollsätze ihres Handels allen deutschen Waren auferlegen und außerdem eine Reihe von Zöllen erheben oder neu einführen, um auch dadurch Deutschland zu treffen. Der Aufschlagszoll ist am 17. d. M. schon vorläufig in Kraft getreten; einseitig kann er erst eingeführt werden, wenn das Parlament ihn genehmigt haben wird. Deutschland wird nunmehr auch

schärfere Maßregeln treffen, und so wird der nächste Erfolg sein, daß zwischen beiden Ländern ein regelrechter Zollkrieg entsteht, der keinem von beiden Vorteil bringen wird. Ob die kanadische Regierung dabei auf eigene Faust vorgegangen oder von der englischen zu ihren Maßregeln veranlaßt worden ist, kann man noch nicht entscheiden, unwahrscheinlich ist es allerdings nicht, daß die englische Regierung, insbesondere Herr Chamberlain, dabei die Hand im Spiele hat. Ist letzteres der Fall, so würde es die Neugefaltung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und England, die vorläufig nur bis zum 31. Dezember d. J. geregelt sind, fideles G. erschweren. Diese Aussicht erregt unsere Agrarier nicht wenig, wie die Besprechung der kanadischen Maßregeln in ihrer Presse beweist. In der Beurteilung des Vorgehens der kanadischen Regierung kann es freilich in Deutschland nur eine Stimme geben, es ist eine durch nichts gerechtfertigte Provokation Deutschlands.

## Deutsches Reich.

Gesetz- und Personalnachrichten.

\* Zur Vermählung des Großherzogs von Sachsen-Weimar mit der Prinzessin Karoline von Rußland, welche, wie bekannt, am 20. in Würzburg stattfinden wird, werden außer dem Kaiser noch folgende Fürstlichkeiten dort anwesend sein: Königin Wilhelmine der Niederlande und ihr Gemahl, Prinz Heinrich der Niederlande, der Großherzog von Baden, der Großherzog von Oldenburg, der Großherzog von Sachsen, der Herzog von Mecklenburg, der Herzog von Braunschweig, Prinz Wolf zu Schaumburg-Lippe nebst Gemahlin, Prinz Ernst von Sachsen-Altenburg, Prinz und Prinzessin Wilhelm von Sachsen-Weimar, der Herzog von Coburg und die Prinzessin Elisabeth, und andere mehr. Die Herzoginnen werden während ihrer Anwesenheit in Würzburg im dortigen Residenzschloß, zum Teil auch im Palais der Fürstin-Mutter Wohnung nehmen. Die Hochzeiten anläßlich der Vermählung beginnen am 27. April abends mit einem Galadiner, am 28. ist Hofball und am 29. Soufförzeit. Die Trauung des Paares wird am 30. April in den ersten Nachmittagsstunden in der Schloßkirche stattfinden.

## Die orientalische Frage.

Unter dieser Epithete versteht sich nun auch Dr. Karl Peters, der ehemalige deutsche Reichskommissar, in einer höchst interessant abhandlung über die Vorgänge auf der Balkan-Halbinsel. Nach der Ansicht des Verfassers fügen die Dinge in jenem europäischen Welttheile in der Tat an, ein bedeutendes Gesicht zu zeigen. Gewaltthätige Staatsvergehen und kriegerische Verwicklungen schienen heute fast unaufhaltsam; die Ermordung des russischen Konsuls durch einen Albaner nach dem Einbruch des ersten jüdischen Weltkriegs in einem aufsteigenden Unwetter, dem eine derartige Verletzung des internationalen Rechts gegen einen offiziellen Vertreter könne nicht ungenügend natürlich nicht ungenügend lassen, ohne seinem Rechte im Leben des Schicksals einen sehr empfindlichen Stoß zu verleihe. Aufgrund mußte jetzt auf der Expedition des ansonsten Mörder befehlen. Das Komplizierende der Ungelegenheit bestete nun darin, daß die Albanen — oder Albaner, wie wir sie nennen — die Tat ihres Landesherrn als einen bescheideten Akt der Vendetta betrachteten, nicht als einen politischen Mord. Ein Mord des Mörder war ungenügend, auf Grund des Eingreifens des russischen Konsuls, in einem der mannigfachen Aste von Gewaltthaten zwischen Albanern und Mazedoniern. Nach den wahren geistlichen Anschauungen der Myster und Propheten, deren Rückkommen die Albaner sind, war die Vendetta ein Mord der vernünftigen Frevler die Pflicht des Verbrechens, nicht ein Verbrechen. Dies alles würde an sich nicht von großer politischer Tragweite sein. Nun aber bilden die Albanen die Elite-Regimenten der türkischen Armee, und der Sultan, wenn er einen der Soldaten wegen Verübung der Vendetta erwischt, laufe er Gefahr, folge Vendetta auf sein eigenes Haupt herab zu beschütten. Vor einiger Zeit hätten fünf albanische Soldaten in Vera auf offener Straße ihre Wüste abgefrenkt und seien darauf verhaftet worden, und waren diese Schüsse augenblicklich ein erster Schritt, was zu erwarten stehe, wenn man dem Mörder des russischen Konsuls aus Leben gehen wolle. Die Albaner, sagt Dr. Karl Peters zur Erklärung bei, sind ein kriegerischer und halbwilder Stamm, mit dem Verbot des feindlichen Sieges in Subitaneit erfolgt. In den Wechselfällen dreier Jahrhunderte sind sie in ihren zerstückelten Bergen an der Küste der Adria niemals völlig unterworfen worden, trotzdem nachher die Wägen der Mazedoniern, die Legionen Roms, slavische Horden und türkische Regimenter dies versucht haben. Sie gehören zur indogermanischen Rasse und sind einvernehmlich mit den alten Germanen verwandt. Sie werden auf etwa zwei Millionen Köpfe geschätzt, von denen mehr als die Hälfte, und zwar die in Nordalbanien, orthodoxe Mohammedaner sind. Um diese halbküste es sich bei den heutigen Kriegen. Der Sultan wird sicherlich gern dem Feindigen Nutzen und Oesterreichs nachgeben und aktuelle Reformen in Mazedoniern einführen, um einen internationalen Konflikt zu entgehen; aber er muß Rücksicht nehmen auf das rebellische albanische Element, das in seinen eigenen Garde-Regimenten eine so hervorragende Rolle spielt.

Zu dieser innerschließlichen Schwerkraft führt der Verfasser fort, eine ein zweites neues Moment für die Weiterentwicklung der orientalischen Frage: Großbritannien hat seinen ersten Schritt getan, indem es verlangt hat, britische Offiziere sollten die türkischen Truppen begleiten, um darauf zu achten, daß in Mazedoniern keine Ordeu gelassen. Dieser Zug sei sicherlich nicht ohne die große Worte, sondern vielmehr gegen die Monopolisierung der Frage durch den Rufstand und Oesterreich gerichtet, und werde so auch in Wien und St. Petersburg aufgefaßt. Das komplizierende die Angelegen-

heit, genau wie das Holsteiner Vorgehen Englands im Jahre 1876 der Weiterentwicklung am Balkan ihren bestimmenden Charakter gab.

Weiter kommt Dr. Karl Peters auf die Bagdad-Bahn-frage und ihre Bedeutung zu den Vorkäufen auf der Balkan-Halbinsel zu sprechen. Er sagt hier wörtlich: „Ein weiterer beachtenswerter Faktor in der gegenwärtigen Verwicklung — und dieser untersteht sie von der im Jahre 1876 — ist das Projekt der Bagdad-Bahn; so sehr man sich auch von Wien aus bemüht, demselben jede politische Bedeutung abzuhprechen. Aber sie hat doch eine politische Bedeutung und ist für England leben dies ganz genau. Es ist zwar formell eine „zivilisierte Staatsbahn“, aber sie wird gebaut mit deutsch-französischem Kapital und der Verwirklichung ist ein Direktor der Deutschen Bank.“ Deutsche Kapitalien seien heute unmittelbar in Bagdad interessiert und damit habe auch die deutsche Politik des Jahres 1903 ein lebhaftes Interesse an der orientalischen Frage. Für den europäischen Frieden im Ganzen handle es sich um die Frage, wie weit die österreichisch-ungarische Galende den hin- und herzerrenden Einflüssen gewachsen ist und ob die beiden östlichen Großmächte dauernd an ihrer Friedenspolitik auf der Balkanhalbinsel festhalten können.

## Die Getreidekrise als Mittel gegen die Not der Landwirte.

Unter diesem Titel hat der berühmte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Ugo Brentano in München in der Monatschrift „Deutsches Land“ einen Aufsatz veröffentlicht, der bei uns als Separatdruck bei C. A. Schwabe & Sohn in Bern erschienen ist. Wir entnehmen der hochinteressanten Vorkäufe, die der Beachtung aller denkenden Landwirte empfohlen sei, folgenden Inhalt:

„Um Bauern und Bauernfreunde als Vorposten zur Erlangung höherer Getreidezölle zu gewinnen, werden die im Interesse der Erhaltung des deutschen Bauerntums gebildet, und zur Verwirklichung dieser Forderung wird auf Großbritannien verzichtet, wo der Bauer als Folge der Verrückung der Kornzölle beschuldigt ist. Bis die Kornzölle 1846 abgeschafft wurden, gab es aber in Großbritannien fast keine Bauern mehr; was die erste Periode des Bauernlegens z. B. des Anstiehs der Ernte im 16. Jahrhundert an den hohen Bauern übrig gelassen hätte, war in der Zeit der hohen Getreidepreise und der Hoffnungen und Verheißungen durch hohe Kornzölle zu halten, bis auf ganz geringfügige Ausnahmen verschwunden. Und auch dieses war die notwendige Folge der Natur der Dinge. Denn im Getreidebau hat der kapitalistische Großbetrieb das Übergewicht über den Kleinbetrieb. Daher wird, so lange hohe Getreidepreise den Getreidebau besonders vorteilhaft machen oder hohe Kornzölle den Glauben an diesen Vorteil erwecken, daß in Industrie und Handel erworbene Kapital, zumal es nach den in vielen Ländern mit dem Landbesitz verbundenen sozialen und politischen Vorurteilen zu streben pflegt, nicht auf das Auskaufen der Bauern. Der Bauer, der den Flug ist verkauft; ungeachtet der Verteuerung seiner Produktionskosten durch steigende Preise und des Mangels an Arbeitskräften wird es ihm immer schwieriger, zu bestehen; verkauft er nicht, so wird er bankrott. So geschah es auch damals in England, und aus demselben Grunde wurden damals die kleinen Bauern zu großen zusammengefaßt; nur in den industriellen Großstädten, in welchen die amwändige Bevölkerung die Mittelverteilung rentabel machte, konnte sich der Kleinbetrieb zur Zeit der Kornzölle halten.“

Während der Zeit der Kornzölle wurde die öffentliche Meinung durch fortwährend durch die Klagen der notleidenden Bauern durch den durch England und durch den durch die Klagen ihrer Not und der Mittel zu deren Abhilfe in Anspruch genommen; dagegen wurde von 1846 bis 1877 kein Antrag auf Unterbrechung der Lage der Landwirtschaft im Parlament gestellt; vielmehr wurden die auf Abschaffung der Kornzölle folgenden 20 Jahre die Zeit der größten Not, welche die englische Landwirtschaft überhaupt je erlebt hat. Die Renten fielen fast zu fallen. Zwischen 1857 und 1878 ließen sie um nicht weniger als 20 Proz. auf den besten Viehzüchtenden Pachtungen Schottlands von 1862-1878 sogar um 50 bis 70 Prozent! Der Grund dieses Wohlstandes war aber nicht etwa, daß die Getreidepreise höher gewesen wären als zur Zeit der Kornzölle; sie waren im hohen und ganzen weder höher noch erheblich niedriger. Aber die Verrückung der Kornzölle räumte mit der Vorkäufung, daß man selbst auf den unfruchtbarsten Böden Getreide bauen müsse, um den belmischen Getreidebedarf im Inlande zu decken.“

## Brentano legt am Schluß seiner Untersuchungen:

„Wenn ich von einem Ubergang bin, so bin ich es von dem, daß die deutschen Landwirte bei dem eben beschriebenen Zolltarif den höchsten Ertrag zu haben, und zwar nicht etwa, weil sie ein Ausmaß von 7,50 M. nur einen Minimalzoll von 5 M. erreicht haben. Auch wenn sie 15 M. Zoll angebilligt erhalten hätten, würden sie dabei notleidend bleiben. Sie werden es so lange bleiben, als sie es nicht aufgeben werden, auf hohen Getreide zu bauen, die bei reichen Ernten nur bei Minderernten die Unkosten zu erlösen vermögen.“ So haben sie denn nur eine Vertierung alles dessen, was sie selbst kaufen, durch Zölle eingetauscht gegen eine Hoffnung, die nicht in Erfüllung gehen wird. Und somit werden die, welche gegen die Getreideerhöhung gewelten sind, obwohl nicht besiegt, doch vor dem Anfang zum Sieg.“

## Vollständig.

\* In der letzten Nummer der Londoner „Finanz-Chronik“ finden die Ansätze, die Sir Harry Johnston unter dem Titel „Deutschlands politische Zukunft“ der deutschen Kolonialpolitik gewidmet hat, ihren Abschluß. Sir Harry Johnston sagt noch einmal in großen Zügen die Kolonialaufgaben der christlichen Nationen zusammen. „Das wird vorteilhaft“, heißt es dann, „der einzige Voh sein, den das Schicksal den Nationen der Engländer, der Russen, der Franzosen und der Deutschen lassen wird: den Nutzen, Menschen in diesen Teilen der Welt um einige Grade höher als dem Zustand des Tieres zu dem des Halbvolks erheben zu haben. Wenn Deutschland solche Taten ausführen wird, wenn es

„des Weissen Mannes Satz“ auf sich nehmen soll, wird es blicke und dankbar in Kauf nehmen, aber, weil es nicht leicht ist, sich zu unterziehen, und deshalb auch für seine Opfer, Gut und Blut. ...

„Meiner Ansicht nach sollte Deutschland durchaus freundschaftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und den französischen Großmächten pflegen, die zur Unabhängigkeit herangezogen sind, wie Kanada und Australien. ...

Der Weidauer, den viele in Johnsons Ausführungen gleich erkannt und in dem Weidauer „Weltpolitische Wochenschrift“ in Nr. 169 der „Sonderausgabe“ enthalten haben, ist also hier am Schluß seiner Ausführungen deutlich hervor. ...

Die Zentrumspresse sucht sich an demselben in Drohungen gegen den Reichstag zu ergehen, in dem Fall, daß die Wahl nicht endlich die Erfüllung bringt, zu überleben. ...

„Weil nicht gefüllt das Erbschaft, das unter solchen Verhältnissen bei den Wahlen herauskommen könnte, der Regierung nicht ganz. ...

„Wer regiert denn eigentlich bei uns in Deutschland, der Gewählten Bund und die Exekutoren oder die verfassungsmäßigen Inhaber der Regierungsgewalt? ...

„Wo die Finanzen zu finden sind, sollte die „Zentrumspresse“ genau genug wissen, um nicht so lächerliche Behauptungen aufzustellen. ...

„In der Vorlage betreffend die Sicherung des Wahlgeheimnisses schreibt die „Nordd. Allg. Zig.“: ...

**Wahlrechtswissenschaftliches**

„Von den Handelstammern ist schon häufig Rede darüber erhoben worden, daß sie, obwohl sie die vom Gesetze bezeugten Vertretungen von Handel und Industrie sind, über die Gesetzgebungs- und Verwaltungsgewalt auf dem gewerblichen und kommerziellen Gebiete nicht rechtig sind, auch wohl gar nicht bestraft werden. ...

„Weshalb ausgehen sie, daß die Regierung in weit größerem Maße als früher sich Informationen in den Interessentenkreisen sucht, so geschieht dies immer noch nur in der Form der Befragung einzelner Sachverständiger, die in vielen Fällen oft gar nicht die maßgebenden Vertreter ihrer Interessentengruppen und gewiß oft nicht Personen sind, die auch entgegengelegten Interessen einflussreichen Rücksicht zu tragen haben. ...

kommen und vieler bedeutenden industriellen Körperschaften unter Ansicht in einer energischen Resolution zum Ausdruck gebracht. Die Erfüllung dieser berechtigten Bitte des Handels- und Gewerbestandes würde überdies eine Vereinfachung des ganzen Gesetzgebungs- und für die Centralstellen der Reichs- und Provinzialen Regierung zur Folge haben; denn in diesen Fällen können die Vertreter, wenn auch notwendig oft, sich zu neuen Gesetzgebungs- oder Verwaltungsfragen stellen, und in diesem Stadium wird es oft viel schwieriger, auch berechtigten Wünschen der Interessenten-Vertretungen Rechnung zu tragen.“

„Je mehr auf die tatsächlichen Verhältnisse der Handelskammern Rücksicht wird, um so weniger sorgt die Regierung dafür, daß die landwirtschaftlichen Centralstellen und Korporationen nicht übergegangen werden, wenn es gilt, Verbindungen und Beziehungen zu erklären, die auf die landwirtschaftliche Bezug haben. ...

**Parlamentarische**

„Unter den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses befinden sich gegenwärtig nicht weniger denn 45, die im Alter zwischen 70 und 80 Jahren stehen, sowie 8, die über 80 Jahre alt sind, unter letzteren auch einer der Vertreter Hales im Abgeordnetenhause, Oberbürgermeister a. D. von Vob. ...

**Parteinachrichten**

„Im Wahlkreise Elbing-Varenburg sind Konservative und Agrarier gar bestig zumgenegaten, weil die letzteren den Versuch machen, das Reich des Bundes von sich abzustützen, und zu diesem Zwecke dem agrarischen Kandidaten Kammerherrn v. Odenburg den konservativen Reichsanwalt Strubbe entgegenzustellen. ...

„Wo aber sollen in der Agrarpartei des Herrn v. Odenburg die konservativen gesinnten Beamten, Gewerbetreibenden und Landwirte bleiben? ...

„Die „Allg. Tag. Post.“ ist natürlich Feuer und Flamme für Herrn v. Odenburg. Die „Strenz.“ hingegen laubt. Sie dünkt sie an die „Allg. Zig.“ getriebene Aufstellung eines Parteiprogramms, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, man werde sich in der Wahlkampagne des Herrn v. Odenburg beteiligen. ...

„Wir können es verstehen, wenn viele Konservative manche Forderungen des Herrn v. Odenburg als quantitativ für zu weitgehend erachten. ...

„Unter allen Umständen bleibt die Tatsache bestehen, daß sich der konservativen Wählerstimmkreis gegen das demagogische Auftreten der v. Odenburg u. Gen. vorgangenen wird. ...

„Das Centrum und die Sozialdemokratie erneuern das Bündnis für die bayrischen Stichwahlen. ...

**Verwaltung und Rechtspflege**

„Wie wenig das Verhältniß für die Bestimmungen des Vereins- und Verwaltungsrechts bisher doch immer noch in die Reihen derjenigen gedrungen ist, die zunächst berufen sind, sie anzuwenden, beweist folgender, eines gewissen humoristischen Kritikers allerdings nicht entsprechender Vorfall im Wahlkreise Ruppins-Templin: ...

„In Lindow wollten die Sozialdemokraten kürzlich eine Verammlung im „Erdgärtchen“ abhalten. Die Anmeldung hierzu war rechtzeitig erfolgt. Der Parteivorstand und die Wähler hatten sich zahlreich eingestellt. ...

„Und das passiert in der Nähe der Centrale aller beschützlichen wie auch sonstigen Intelligenz, der Reichshauptstadt. Die „Anmeldung mit Petroleumbekleidung“ ist vorläufig wohl das Schicksal, was bis jetzt in der ursprünglichen Handlung des Vereins-gesetzes gescheitert worden ist. ...

„Auf der Schantungbahn ist nach Mitteilungen aus Shanghai am Ostermontag der erste Zug in Tientsin abgegangen.“

„In Kamerun hat der am 5. Februar in Mariva verwundete Oberleutnant Graf Senger seine Wunde nicht im Kampf erhalten, sondern er ist ermorde worden. ...

**Verammlungen und Kongresse**

„Die aus allen Teilen des Reiches hier beehrte Generalkonferenz des Vereins Deutscher Bauarbeiter in Leipzig nahm einstimmig eine Resolution an, welche für langfristige Arbeitsverträge, bei gleichzeitiger Ermäßigung der Arbeitslöhne, für Aufhebung von Arbeitsvertragsverhältnissen möglichst mit allen für die deutsche Industrie wichtigeren Staaten, für Verbotung der gegenwärtig noch geltenden Fälligkeit für im neuen Arbeitsvertrag nicht genannt, und ganz ganz, unangenehme Arbeit und für Verbotung der neuen Fälle auf ausländische Gerichte. ...

**Ausland**

**Spanien**

„Die Verbände Andalusien berichten über wachsenden Rotstand infolge der Dürre und der Pestkredenzplagen. ...

**Morocco**

„Aus Londoner Quelle verläutet, daß ein großer Finanzmann, der Herr Ernest Cassel, dem Sultan von Morocco eine bis jetzt erforderte Unterlage 250,000 Pfund Sterling geliehen hat. ...

**Provinzialnachrichten**

„Bath, 20. April. (Seine „Electric.“) Das Projekt der Errichtung eines elektrischen Stromnetzes in unserer Stadt ist verworfen worden. ...

„Wiesbaden, 20. April. (Z. Bürgerstimme. — Frecher Dieb.) Zum Behufe des Schuljahres wurden jetzt bei der Stadt Wiesbaden und Kreis Wiesbaden, die im letzten Jahre durch Konfirmation abgegeben sind. ...

„Bonn, 20. April. (Wittener Nachrichten.) Unter der Verhinderung eines Schiffsverkehrs, dessen Behälter über England, Belgien und einer Dredschiff, welche sich von Italien nordwärts nach Polen erheben, weihen am Ende der letzten Woche möglich starke nordwestliche Winde, unter deren Einfluß das veränderliche und kalte Wetter fortwähret. ...

„Wien, 20. April. (Wittener Nachrichten.) Unter der Verhinderung eines Schiffsverkehrs, dessen Behälter über England, Belgien und einer Dredschiff, welche sich von Italien nordwärts nach Polen erheben, weihen am Ende der letzten Woche möglich starke nordwestliche Winde, unter deren Einfluß das veränderliche und kalte Wetter fortwähret. ...

„Wien, 20. April. (Wittener Nachrichten.) Unter der Verhinderung eines Schiffsverkehrs, dessen Behälter über England, Belgien und einer Dredschiff, welche sich von Italien nordwärts nach Polen erheben, weihen am Ende der letzten Woche möglich starke nordwestliche Winde, unter deren Einfluß das veränderliche und kalte Wetter fortwähret. ...

„Zurich, 20. April. (Z. Schweizerische.) Der von der Staatsanwaltschaft beschuldigte verurteilte Täter, der am 9. d. M. seinen Mordanschlag, den die Schweizerische Regierung, im Walde bei Dönnwil, überfallen und ermordet hat, ist gestern in Bern in Begleitung des Staatsanwalts, des Staatsanwalts in Bern, verurteilt worden, wo er bei seiner Verurteilung Arbeit gefunden hatte. ...



